

15.05.97

Beschluß
des Deutschen Bundestages

**Zweites Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und
Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung
(2. GKV-Neuordnungsgesetz - 2. GKV-NOG)**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 175. Sitzung am 15. Mai 1997 die
beiliegende Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 des
Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) zu dem **Zweiten Gesetz zur Neu-
ordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen
Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz - 2. GKV-NOG)**
- Drucksache 13/7660 - abgelehnt.

Anrufung des Vermittlungsausschusses: Drs. 200/97 (Beschluß)

Deutscher Bundestag

13. Wahlperiode

Drucksache 13/7660

14.05.97

Beschlußempfehlung
des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes
(Vermittlungsausschuß)

zu dem

Zweiten Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der
gesetzlichen Krankenversicherung

(2. GKV-Neuordnungsgesetz - 2. GKV-NOG)

- Drucksachen 13/6087, 13/7264, 13/7569 -

Berichterstatter im Bundestag: Abgeordneter Dr. Peter Struck

Berichterstatter im Bundesrat: Staatsminister Gerhard Bökel

Der Bundestag wolle beschließen:

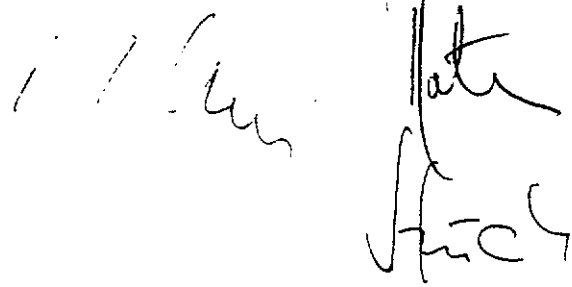
Unter Aufhebung des Gesetzesbeschlusses vom 20. März 1997 betreffend den Entwurf eines
Zweiten Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der
gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz - 2. GKV-NOG) wird der
Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. - BT-Drucksache 13/6087 -
abgelehnt.

Bonn, den 14. Mai 1997

Der Vermittlungsausschuß

Vorsitzender

Berichterstatter

The block contains two handwritten signatures. The signature on the left is for the Chairman (Vorsitzender) and the signature on the right is for the Reporter (Berichterstatter). Both signatures are in dark ink and appear to be cursive.

16.05.97

Beschluß
des Bundesrates

Zweites Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und
Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung
(2. GKV-Neuordnungsgesetz - 2. GKV-NOG)

Der Bundesrat stellt fest, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Bundesrat hat in seiner 712. Sitzung am 16. Mai 1997 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag durch Beschlüsse vom 20. März 1997 und vom 15. Mai 1997 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes nicht zuzustimmen.

Für den Fall, daß das Gesetz nicht zustimmungsbedürftig sein sollte, hat der Bundesrat mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, Einspruch gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes einzulegen.